

Bündnis der Mitte

Zusammenhalt in Vielfalt

geschrieben von Olaf Zimmermann

Bundeskanzler Friedrich Merz hat in den letzten Wochen mit Bemerkungen zum Stadtbild für Aufregung gesorgt. Erst ließ er verlauten, dass es Probleme im Stadtbild gäbe und wer dies nicht wisse, möge seine Töchter fragen. Dann stellte er den Zusammenhang mit Abschiebungen her. Schließlich beklagte er sich über das Stadtbild von Belem, dem Austragungsort des Weltklimagipfels, einer Stadt im globalen Süden, gelegen am Amazonas. Er bekannte, froh zu sein, wieder in Deutschland zu sein, und das zuvor beklagte Stadtbild in Deutschland schien ihm nun weniger problematisch zu sein.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es an vielen Orten in der Welt sehr große Probleme gibt. Kriege und die Klimakatastrophe hinterlassen eine Spur der Verwüstung, quer über den ganzen Globus. Weltweit hungerten im Jahr 2024 über 673 Millionen Menschen, das entspricht etwa 8,2 Prozent der Weltbevölkerung. Im selben Jahr wurden weltweit ca. 123 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben, das heißt sie wurden infolge von Verfolgung, Konflikt, Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen heimatlos. Über die letzten zehn Jahre mussten schätzungsweise 250 Millionen Menschen aufgrund klimabedingter Katastrophen ihre Heimat verlassen. Das sind insgesamt die wahren Gründe der Fluchtbewegungen.

Aber auch im Kleinen, in den Städten in Deutschland sind die Probleme für viele spürbar. Viele Innenstädte sind von Leerstand und zunehmender Verwahrlosung geprägt. Viele Geschäfte in den Einkaufsstraßen konnten dem zunehmenden Online-Handel nicht standhalten, Geschäftsaufgaben sind die Folge, oft setzt sich damit eine Abwärtsspirale in Gang. Obdachlosigkeit, auch von Menschen aus EU-Mitgliedstaaten, die auf Arbeit und Wohlstand in Deutschland gehofft hatten, wird sichtbarer. Drogenumschlagplätze und Verelendung von Süchtigen prägen an manchen Orten das Stadtbild. Betrunkene Fußballfans nach oder vor einem Spiel bereichern ebenso wenig die Sicherheit im Stadtbild. Alles nicht neu, aber in den leergefegten Einkaufsstraßen deutlich sichtbarer.

Aber auch andere Probleme bestehen, das Gefühl im eigenen Land nicht zuhause zu sein. In manchen Gegenden Berlins zum Beispiel ist Englisch inzwischen Verkehrssprache geworden. Eigentümer von Geschäften und gastronomischen Betrieben sowie ihre Mitarbeitenden sprechen kein Wort Deutsch und halten dies für selbstverständlich. Sie meinen, dass die Kundinnen und Kunden sich anpassen müssten. Ingenieure aus EU-Mitgliedstaaten, die 20 Jahre in Deutschland leben, deren Kinder hier geboren wurden und zur Schule gehen, deren deutscher Wortschatz sich auf das Bestellen von Brötchen begrenzt und die ansonsten mit Englisch bestens »durchkommen«, gehören ebenfalls zu jener Gruppe an »High Potentials«, bei denen mangelnde Sprachkenntnisse die Politiker weniger stören als bei Geflüchteten, die in Integrationskursen Deutsch lernen. Die Elite in unserem Land glaubt ernsthaft, alle Menschen könnten wie sie Englisch sprechen und hätten kein Problem mit der, wie Wissenschaftler es nennen, domänenspezifischen Anglisierung. Weit gefehlt. Alles und noch viel mehr ist dazu geeignet, den Volkszorn hochkochen zu lassen. Gerade wenn Politiker, wie unser Bundeskanzler, dann auch noch mit seinen »Stadtbild«-Aussagen Öl ins Feuer gießen, kann der Zorn schnell auch in Extremismus, gerade auch an den Wahlurnen, umschlagen. Doch führen solche Diskussionen weiter? Ist es wirklich zielführend, sich am Erregungswettkampf zu beteiligen? Sollte es nicht eigentlich viel mehr darum gehen aufzuzeigen, wie der Zusammenhalt in Vielfalt in unserem Land gelingen kann, und sichtbar zu machen, wo er gelingt?

Damit das Zusammenleben und der Zusammenhalt in Vielfalt gelingen, sind alle in Deutschland lebenden Menschen gefordert. Die Mitglieder der vor fast zehn Jahren ins Leben gerufenen Initiative kulturelle Integration haben in ihren 15 Thesen »Zusammenhalt in Vielfalt« (kulturelle-integration.de/neufassung-der-15-thesen-zusammenhalt-in-vielfalt) formuliert: »Die Menschen in Deutschland wie in anderen Ländern haben große Herausforderungen zu bewältigen. Die

Auswirkungen der Pandemie der letzten Jahre, der fortschreitende Klimawandel, die Globalisierung und geopolitische Veränderungen, die damit verbundenen Migrationsbewegungen sowie der Krieg in Europa und in vielen Regionen der Welt verunsichern auch hierzulande viele Menschen. Bestehende Gewissheiten brechen weg. Vertraute Gewohnheiten werden zunehmend infrage gestellt. Allzu schnell wird dabei vergessen, welche Umbrüche in Deutschland und Europa bereits gemeistert wurden. Ziel des europäischen Einigungsprozesses bleibt es, für ein demokratisches und friedliches Europa einzutreten, das dem kulturellen Austausch dient. – Die Initiative kulturelle Integration steht für eine Gesellschaft, die vorausschauend Herausforderungen annimmt, um sie gemeinsam zu gestalten.«

In der Initiative kulturelle Integration arbeiten 28 Institutionen zusammen: vier Bundesministerien, die Kulturministerkonferenz, die kommunalen Spitzenverbände, die Sozialpartner, die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen. Ihre Arbeitsschwerpunkte unterscheiden sich. Der Deutsche Kulturrat koordiniert die Arbeit der Initiative.

Die Mitglieder der Initiative sind nicht in jeder Frage einer Meinung. Was sie aber eint, ist die feste Überzeugung, dass das Zusammenleben in Deutschland nur durch Zusammenhalt in Vielfalt gelingen kann. Sie teilen die Einschätzung, dass in Deutschland vieles zunächst unüberwindlich Erscheinende dann doch gemeistert wurde, wie das Ankommen vieler Flüchtlinge in den Jahren 2015 und 2016. Sie wissen ebenso, dass so manches, was zunächst leicht und selbstverständlich erscheint, wie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, ein extrem mühseliger Weg ist, zu dem selbst 35 Jahre nach der staatlichen Einheit immer noch Verletzungen, das Gefühl der Zurücksetzung und Missverständnisse gehören. Sie treten klar und unmissverständlich für Meinungsfreiheit ein und wenden sich ebenso entschieden gegen Hass und Hetze. Sie wissen um die Chancen der Religionsgemeinschaften, Dialoge zu stiften und Brücken über Konfessions- und religiöse Grenzen zu bauen und akzeptieren ebenso das Trennende von Religionen. Sie vertrauen auf das gemeinsame Miteinander in der Kommune, am Arbeitsplatz, im Netzwerk oder im Verein. Ihnen ist bewusst, dass das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft anstrengend sein kann, dass es Aushandlungsprozesse bedarf und vor allem die Bereitschaft zum Kompromiss. Das ist genau das Gegenteil von Polarisierung. Es ist ein Eintreten für die breite Mitte der Gesellschaft, die die Demokratie trägt. Die Initiative kulturelle Integration ist ein Bündnis der Mitte.

Am 21. Mai 2026, dem Welttag der kulturellen Vielfalt, ruft die Initiative kulturelle Integration auf, ein Zeichen für den Zusammenhalt in Vielfalt zu setzen. Jeder und jede kann sich an diesem bundesweiten Aktionstag beteiligen: als Botschafter der Initiative kulturelle Integration oder durch eigene Aktionen. Der Fantasie sind kaum Grenzen gesetzt. Erste Anregungen sind auf der Seite der Initiative kulturelle Integration unter [kulturelle-integration.de/aktionstag-zusammenhalt-in-vielfalt](https://www.kulturelle-integration.de/aktionstag-zusammenhalt-in-vielfalt) zu finden.

Lassen Sie uns zeigen, wie unser Stadtbild ist: unterschiedlich, von Geschichte, Wirtschaft und Kultur geprägt, gestaltet von den Menschen, die hier leben. Gemeinsam in aller Vielfalt!

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 12/2025](#).